

Werkzeug trifft Politik: Unser Input

Unsere Kernbotschaften

- **Internationale Handelsfreiheit – Zölle verhindern**
 - Stärkung offener Märkte und Planungssicherheit für Unternehmen
- **Handelspolitische Schutzinstrumente – Wettbewerbsverzerrungen vermeiden**
 - CBAM: Einbezug von Handwerkzeugen, Zubehör für Elektrowerkzeuge und Messwerkzeuge notwendig für faire Wettbewerbsbedingungen
 - EU Steel Safeguard Measures: Auch Downstream-Produkte müssen berücksichtigt werden; praktikable Lösung für Re-Exporte erforderlich
- **Bürokratie**
 - Weitere Reduzierung von Berichtspflichten auf EU-Ebene insbesondere für KMU nötig
- **Energiepreise**
 - Schaffung einer dauerhaften und kostendämpfenden Regulierung der Netzentgelte
- **Lohnzusatzkosten / Sozialreformen**
 - Weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten gefährdet den Wirtschaftsstandort
 - Grundlegende Reform der Sozialsysteme notwendig

Im Fachverband Werkzeugindustrie e.V. (FWI) sind überwiegend mittelständische Unternehmen organisiert, die sich mit ihren hoch spezialisierten Produkten auf differenzierten Märkten behaupten. Die Branche hat eine lange Tradition, in der jahrzehntelange Entwicklung auf Innovationskraft trifft. Viele FWI-Mitglieder zählen heute zur Weltspitze – ein Erfolg, der auf technologische Kompetenz, Teamgeist und unternehmerisches Engagement zurückgeht.

Mit ihren rund 10 Mrd. Euro Umsatz trägt die Branche maßgeblich zur deutschen Industriegesellschaft bei – von Vorprodukten bis zur Abnahme und Endanwendung der Werkzeuge in allen relevanten Industriebereichen der deutschen Volkswirtschaft. Die Werkzeugindustrie steht in enger Wechselwirkung mit anderen Industriezweigen und sichert so Arbeitsplätze und Wohlstand. Ihre Erhaltung erfordert dabei stabile politische Rahmenbedingungen. Qualitätswerkzeuge „made in Germany“ sind dazu essenziell für die Kreislaufwirtschaft, insbesondere bei Wiederverwendung und Reparatur von Konsum- und Industriegütern.

Die anhaltende Rezession, der Ukraine-Krieg und protektionistische Tendenzen der USA verunsichern die Wirtschaft. Investitionen werden zurückgestellt, **der Standort Deutschland steht zunehmend infrage**. Erforderlich ist daher eine **aktive europäische und nationale Politik**: Die EU muss Unternehmen gegen US-Zölle verteidigen und Belastungen für

Unternehmen reduzieren. National erwarten wir entschlossene Maßnahmen gegen Bürokratie und für bezahlbare Energie sowie eine grundlegende Reform der Sozialsysteme für eine Begrenzung des Anstiegs der Lohnzusatzkosten.

+ Internationale Handelsfreiheit – Zölle verhindern

Für die exportorientierte deutsche Werkzeugindustrie ist freier und fairer Handel essenziell. Handel fördert Wachstum und Beschäftigung. Protektionismus – wie etwa im Zuge der aktuellen Handelspolitik der USA – schadet allen Beteiligten. Die EU-Kommission muss daher weiterhin geschlossen und entschlossen handeln, um Schäden durch US-Zölle zu begrenzen. **Das Verhandlungsergebnis ist als Realität zu akzeptieren, Planungssicherheit für die Unternehmen bleibt auch unter verschlechterten Bedingungen ein Wert.**

Auch im weiterhin nicht abschließend geklärten Airbus/Boeing-Konflikt gilt: EU und Bundesregierung müssen Strafzölle weiterhin verhindern, um Wettbewerbsnachteile für unsere Industrie zu vermeiden.

+ Handelspolitische Schutzinstrumente (CBAM & EU Steel Safeguard Measures)

Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)

Der FWI unterstützt den CBAM zum Schutz der heimischen Industrie. Effektiv ist er allerdings nur, wenn er bürokratiearm ist und die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt sowie alle emissionsrelevanten Güter einbezieht. Langfristiges Ziel muss es jedoch weiterhin sein, ein Level Playing Field ohne spezielle Abgaben oder Quoten in einem freien und fairen Handelssystem zu erreichen.

Die geplante Nicht-Einbeziehung für Handwerkzeuge, Messwerkzeuge und Zubehör für Elektrowerkzeuge (z.B. Sägeblätter, Bohrer und Frässtifte) verzerrt den Wettbewerb, da Importeure aus Drittstaaten keine CO₂-Kosten tragen. **Für faire Wettbewerbsbedingungen und Klimastandards muss die Werkzeugbranche in den CBAM aufgenommen werden.** Ebenso muss die Umsetzung des CBAM durch eine Straffung der Meldeverfahren, z. B. durch die Verwendung bestehender Zolldokumente und die Verwendung von Standardwerten, praktischer gestaltet werden.

Gleichzeitig müssen auch die in nachgelagerten Produkten enthaltenen indirekten Emissionen in den CBAM einbezogen werden. Bei vielen nachgelagerten Produkten, die mehrere Verarbeitungs- oder Montagephasen durchlaufen, übersteigen die indirekten Emissionen aufgrund des intensiven Einsatzes von Strom aus oft kohlenstoffintensiver Erzeugung und energieintensiven Technologien häufig die direkten Emissionen. Würden solche Emissionen wie derzeit vorgesehen ausgeklammert, würde dies zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Kohlenstoffgehalts nachgelagerter Produkte führen, Schlupflöcher für Carbon Leakage schaffen und einen Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen bedeuten.

EU Steel Safeguard Measures

Neben dem CBAM sind auch die EU Steel Safeguard Measures von unmittelbarer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Werkzeugindustrie. Stahl ist ein zentraler Rohstoff für unsere Branche und unverzichtbar für Qualität, Haltbarkeit und Sicherheit vieler Produkte. Die vorgeschlagenen neuen Schutzmaßnahmen ab Juli 2026 gegenüber Importen

bestimmter Stahlprodukte sind grundsätzlich temporär geeignet, Marktverwerfungen durch globale Überkapazitäten und Handelsumlenkungen abzufedern. Gleichzeitig darf es jedoch nicht zu neuen Wettbewerbsasymmetrien entlang der Wertschöpfungskette kommen.

Derzeit sind wesentliche Downstream-Produkte – darunter Handwerkzeuge – nicht Bestandteil der Safeguard-Architektur. Dies birgt die Gefahr, dass europäische Hersteller mit steigenden oder volatileren Rohstoffkosten konfrontiert werden, während importierte Fertigprodukte weiterhin ohne entsprechende Schutzwirkung in den EU-Markt gelangen. Für eine kohärente Industrie- und Handelspolitik ist daher entscheidend, dass auch Downstream-Produkte in geeigneter Form berücksichtigt werden.

Zusätzlich braucht es praktikable Lösungen für Re-Exporte: Wenn Waren aus logistischen Gründen in die EU eingeführt werden (z.B. Handelsware) und anschließend wieder exportiert werden, dürfen sie nicht dauerhaft mit Schutz- und Klimakosten belastet bleiben. Ein Rückvergütungsmechanismus (z. B. für aufgeschlagene Abgaben/Zölle in klar definierten Fällen) ist nötig, um Exportfähigkeit zu sichern und Wertschöpfung in Europa zu halten.

+ Bürokratie

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die neue Bundesregierung das Ziel gesetzt hat, den Staat zu verschlanken, effizienter zu gestalten und umfassend zu modernisieren. Der im Koalitionsvertrag verankerte politische Wille zum Bürokratieabbau sowie die ersten Schritte im Rahmen der Modernisierungsagenda sind ein wichtiges und ermutigendes Signal für Wirtschaft und Gesellschaft.

In diesem Sinne möchten wir die Bundesregierung ermutigen, den eingeschlagenen Kurs konsequent fortzuführen – insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen, denen sich der deutsche Mittelstand gegenüber sieht. Der bürokratische Aufwand für die Mitgliedsunternehmen des FWI hat sich in den vergangenen Jahren nahezu verdoppelt und bindet zunehmend personelle wie finanzielle Ressourcen, die besser in Innovation, Fachkräftegewinnung und Wettbewerbsfähigkeit investiert wären.

Zentrale Problemfelder:

- **Lieferkettengesetzgebung:** Viele mittelständische Unternehmen fallen zwar formal nicht unter das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) oder die zukünftige EU-Lieferkettenrichtlinie, werden jedoch mittelbar durch ihre Auftraggeber zur Erfüllung entsprechender Berichtspflichten verpflichtet. Es entsteht eine Berichtskette, deren Anfang häufig bei kleinen und mittleren Zulieferbetrieben liegt.
- **CSRD-Richtlinie:** Auch die Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) führt zu erheblichen administrativen Belastungen. Wir erkennen die Notwendigkeit nachhaltiger Unternehmensführung ausdrücklich an, bezweifeln jedoch den Mehrwert jährlich zu erstellender, hochdetaillierter Berichtsformate, die vielfach keinen praktischen Nutzen entfalten.

Wir begrüßen die Einigung auf Europäischer Ebene zu Vereinfachungen im Rahmen des Omnibus-Pakets im Dezember 2025. Nun ist es entscheidend, die Richtlinien ohne

nationale Zusatzregeln bürokratiearm umzusetzen und insbesondere mittelständische Unternehmen vor ausufernden Berichtspflichten in der Lieferkette zu schützen.

+ Energiepreise

Wir begrüßen die im letzten Jahr beschlossene Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, mit einer Gesamt-Entlastung von mindestens 5 ct/kWh für Unternehmen des produzierenden Gewerbes. Die Stromsteuersenkung ist ein wichtiger Schritt, kann jedoch die bestehenden internationalen Wettbewerbsnachteile bei den Energiekosten nicht vollständig ausgleichen.

Daher bleiben hohe Energiepreise weiterhin ein erheblicher Belastungsfaktor für die deutsche Wirtschaft. Viele Mitgliedsunternehmen des **FWI konnten bereits von der Strompreispbremse im Jahr 2023 kaum profitieren, da sie nicht als energieintensiv gelten**. Auch der von der Bundesregierung angekündigte Industriestrompreis, der ab 2026 befristet für ausgewählte energieintensive Branchen eingeführt werden soll, wird voraussichtlich keine Entlastung für die deutsche Werkzeugindustrie bringen, da der Wirtschaftszweig 25.73 mit Handwerkzeugen aktuell nicht förderfähig ist. Für große Teile des Mittelstands bleiben die Entlastungswirkungen damit weiterhin unzureichend.

Nach Stabilisierung der Preise drohen neue Belastungen durch den Netzausbau. Eine unkontrollierte Kostenumlage ist für die Werkzeugindustrie nicht tragbar. Es braucht wirtschaftsfreundliche Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Stromkosten. Eine Verdoppelung der Energiekosten verteuert z. B. einen Schraubendreher um 14 %. Das kann über Gewinn oder Verlust entscheiden – und gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Werkzeugen „made in Germany“.

Energiepreise sind zentral für Investitionsentscheidungen. Preisunsicherheit schwächt den Standort Deutschland gegenüber internationalen Alternativen. **Wir fordern daher eine dauerhafte und kostendämpfende Regulierung der Netzentgelte für industrielle Verbraucher.**

+ Lohnzusatzkosten / Sozialreformen

Der demografische Wandel erhöht die Kosten des Sozialstaats und damit auch die Lohnnebenkosten. Pflegeversicherung und die Finanzierung des Rentensystems können dazu führen, dass die Lohnnebenkosten für die Sozialpartner mittel- und langfristig signifikant steigen. Damit bleibt weniger Netto vom Brutto, und die Belastungen der Unternehmen wachsen weiter. Dies gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv.

Es kann nicht sein, dass die erkennbaren Finanzierungslücken im Sozialsystem dauerhaft über steuerliche Zuschüsse und höhere Bemessungsgrenzen geschlossen werden. **Es braucht eine grundlegende Reform unserer Sozialsysteme.**

Für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an:

Christoph Köppchen
Leiter Public Affairs
Email: christoph.koeppchen@werkzeug.org
Tel.: 02191 43834